

Karsten Rudolph

„Alte“ und „neue“ Sozialdemokraten in Sachsen

Tony Judt hat die europäische Sozialdemokratie kurz vor seinem Tod davor gewarnt, in der Vergangenheit Erreichtes als gering zu erachten. Und er hatte schon einige Jahre zuvor die Labour Party Tony Blairs dafür kritisiert, unter dem Signum des Neuen immer öfter von Gleichberechtigung statt vom Klassenkampf zu reden. Das Etikett der neuen „Jugendlichkeit“ erschien ihm als schlecht begründeter Verlust einer konkreten Bestimmung, wofür eine traditionsreiche Partei eigentlich noch stehe.¹

Als sich die sächsische Sozialdemokratie im so genannten Sachsenkonflikt spaltete, und die Fraktionsmehrheit, die in der Partei eine Minderheit blieb, 1926 eine neue Partei gründete, nannte sie sich Alte Sozialdemokratische Partei (ASP).² Dies erscheint nicht nur auf den ersten Blick paradox. Walter Fabian, damals Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, beklagte, die Renegaten hätten sich den irreführenden Namen nur deswegen zugelegt, um die erste Stelle auf dem Stimmzettel zu belegen: ein Täuschungsmanöver, dem ohne Zweifel Tausende von Wählern zum Opfer gefallen seien.³ Aber den „Alten Sozialdemokraten“ ging es um mehr. Sie betrachteten sich als positive Kraft des republikanischen Staates, als Verteidiger der parlamentarischen Demokratie gegenüber parteipolitischen Machtansprüchen und sahen in den bürgerlichen Mittelparteien ihre natürlichen Koalitionspartner. Insoweit brachten sie das laut Heinrich August Winkler schwelende „Grundsatzproblem“ der Weimarer Sozialdemokratie auf den Punkt: „das Verhältnis der SPD zur staatlichen Macht in der parlamentarischen Republik“.⁴

Im Urteil Winklers erscheint die „Alte Sozialdemokratie“ somit als „neue Sozialdemokratie“, weil sie sich kompromisslos auf den Weg zur Volkspartei gemacht hatte, weil sie koalieren und nicht opponieren wollte und weil sie im Zweifelsfall für die Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch die Parteiendemokratie eintrat.

Doch schon an dieser Stelle lässt sich der Warnruf Judts umkehren: Die Berufung auf das bewährte Alte, das Erreichte kann genauso gut dazu dienen, vor akute Probleme gestellt im Ungefähren zu bleiben. Eben dies war bei der Fraktionsmehrheit und der ASP der Fall und

- 1 Tony Judt: *Ill Fares the Land*, London 2010; ders.: *Der Gartenzwerg – Tony Blair und das britische „Kulturerbe“*, in: ders.: *Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen*, München 2010, S. 223.
- 2 Vgl. – grundlegend und auch im Folgenden – Stefan Voßen: *Der „Sachsenkonflikt“*, in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hg.): *Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933*, Essen 1993, S. 263–272; Frank Heidenreich: *Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933*, Weimar/Köln/Wien 2005, S. 166 ff.
- 3 Walter Fabian: *Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930, Löbau 1930*, S. 190.
- 4 Heinrich August Winkler: *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin/Bonn 1985, S. 332.

sorgte dafür, dass sie kein politisches Profil gewinnen konnte.⁵ In ihren Augen zeigte sich das Erreichte im „Ja“ zu den Kriegskrediten als einem Bekenntnis zur nationalen Verantwortung, und in der Mitwirkung in der Stiftung „Heimatdank“, die sich um Kriegsoffer und ihre Hinterbliebenen kümmerte sowie in der sozial-liberalen Zusammenarbeit in den Jahren 1919 und 1920.⁶ Abgelehnt wurde die „neue“ SPD, die zwischen 1921 und 1923 die Republikanisierung der Staatsverwaltung und Demokratisierung der sächsischen Gesellschaft vorangetrieben hatte. Sie erschien als ein Produkt der Revolution, in der sich „Novembersozialisten“ und „junge Schulmeister und Redakteure“⁷ breit gemacht hätten, die auf eine soziale Klassenpolitik setzten, die zu stark Rücksicht auf linksradikale Wähler nahm und die durch eine konfliktreiche Zusammenarbeit mit der KPD leichtfertig die Reichsexekution herausgefordert hatte.

Der „Sachsenkonflikt“ als Generationskonflikt?

Eine sozialbiografische Untersuchung der ASP von Christopher Hausmann untermauert die alt-sozialdemokratische Interpretation und legt die Annahme nahe, der Sachsenkonflikt sei nicht zuletzt ein Generationskonflikt gewesen. Nach den Berechnungen Hausmanns war knapp die Hälfte der 23 Abweichler über 50 Jahre alt, während es bei der Fraktionsminderheit nur fünf von 17 waren. Die „Alten Sozialdemokraten“ waren ihm zufolge zudem an politischen Erfahrungen reicher, hatten doch fünf von ihnen dem Landtag schon vor 1918 angehört, bei der Minderheit war es nur einer gewesen; außerdem wussten die „Alten“ zehn Gewerkschafts- und zwei Parteisekretäre in ihren Reihen, die schon vor 1906 in hauptamtlichen Stellungen in der Arbeiterbewegung gearbeitet hatten, bei der Minderheit waren es nur acht, die zumeist nach 1910 in die Position von Gewerkschaftssekretären gelangt waren. Unter den 23 finden sich sodann nur zwei ehemalige USPD-Anhänger, unter den 17 hingegen zehn.

Der Fall scheint offen zu Tage zu liegen: Dem „Sachsenkonflikt“ und der Abspaltung lag ein Rechts-Links-Konflikt zugrunde, der sozialbiografisch durch einen Alterskonflikt angetrieben war und sich statistisch aufschlüsseln lässt. Kurzum: Die Sozialdemokraten des Kaiserreichs standen den Sozialdemokraten der Revolution gegenüber. Mit Hausmann gesprochen: „Die 23 waren die wirklich ‚alten‘ Sozialdemokraten.“⁸

Nehmen wir aber mit Wilhelm Heinz Schröder noch einmal alle 41 bzw. 44 Abgeordneten (drei schieden zwischen 1922 und 1926 aus, ein kommunistischer Abgeordneter wech-

- 5 So auch das Urteil von Mike Schmeitzner: Wilhelm Buck. Der Moderator des „linksrepublikanischen Projekts“ (1920–23), in: ders./Andreas Wagner (Hg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme, Beucha 2006, S. 122.
- 6 Zum Streit um die Stiftung Heimatdank und zum „sozialliberalen Intermezzo“ vgl. Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 106 ff., S. 232 ff.
- 7 Siehe – auch für das Folgende – Jesko Vogel: Der sozialdemokratische Parteibeizirk Leipzig in der Weimarer Republik: Sachsens demokratische Tradition, Teil 1, Hamburg 2006, S. 436.
- 8 Christopher Hausmann: Die „Alte Sozialdemokratische Partei“ 1926–1932. Ein gescheitertes Experiment zwischen den parteipolitischen Fronten, in: Grebing/Mommsen/Rudolph, S. 277.

selte in die SPD-Fraktion) unter die sozialbiografische Lupe, dann lässt sich keine so eindeutige Trennungsgrenze zwischen den „Alten“ und „Neuen“ Sozialdemokraten ziehen: Der Frauenanteil, der Anteil von Fraktionsneulingen, die Struktur der Schullaufbahnen, die Anzahl erlernter und ausgeübter Berufe lassen sich nicht klar auf die beiden Fraktionsströmungen verteilen. Auch der Altersdurchschnitt, der 1922 in der Gesamtfraktion bei 46 Jahren lag, weist kein wirklich klares Unterscheidungsmerkmal auf, zumal das jeweilige Sample doch sehr schmal ausfällt und Zufall und persönliche Beziehungen bei der Abspaltung wohl eine Rolle gespielt haben dürften. Letztlich dominierte in beiden Fraktionen die Reichsgründergeneration, die „Generation Ebert“, die in die Jahre zwischen 1865 und 1880 hineingeboren worden war.⁹

Im „Sachsenkonflikt“ wiederholte sich auch nicht unter umgekehrten Vorzeichen die Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie im Krieg. Zwar lässt sich nur bei zwei Abgeordneten des Mehrheitsflügels klar eine USPD-Mitgliedschaft nachweisen, während in der Minderheitsfraktion mindestens sechs Abgeordnete zur USPD gegangen waren. Aber hier gab der linke „Chemnitzer Flügel“ der MSPD den Ton an, gegen den sich in der sächsischen Gesamtpartei die früher gemäßigten Leipziger Unabhängigen zu behaupten suchten, während der rechtssozialdemokratische „Dresdner Flügel“ politisch längst untergegangen war.¹⁰

Klar scheint zu sein, dass wir den Sachsenkonflikt, der immerhin zwei Reichsparteitage beschäftigte, weder als einen Ablösungsstreit zwischen zwei Generationen periodisieren noch die Träger des Konflikts auf zwei in unterschiedlichen Zeitphasen politisch sozialisierte Führungsgenerationen der sächsischen Sozialdemokraten zurückführen können.¹¹ Wir fielen auf die Deutung eines Konflikts herein, den die Beteiligten, vor allem die „Alten Sozialdemokraten“, als einen Alterskonflikt stilisierten, um den Verlust der von allen Seiten beschworenen „Einheit der Partei“ zu einem Zeitpunkt zu entdramatisieren, zu dem die Gesamtpartei nach der Wiedervereinigung wieder zu sich selbst gefunden hatte. Deswegen erkannte die ASP zunächst das radikalere Heidelberger Programm an und nicht das von Görlitz, auch wenn sie sich dabei auf die ihr politisch eher genehmen Passagen stützte. Zu einer eigenen Programmbildung war sie indes nicht imstande; ihr Entwurf von 1928 wiederholte immerhin einige Versatzstücke des Görlitzer Programms, hier allerdings eher die radikalen und sozialpolitischen Aussagen, so dass Ernst Niekisch vorübergehend in diese programmatische Lücke springen konnte. Doch sein populistisches, revisionistisches, nationalpolitisches und sozialreformerisches Programm¹² fand weder Rückhalt bei den überwältigten „Alten Sozialdemokraten“ noch zog er damit die erwünschten jungen, neuen Mitglieder an,

9 Vgl. Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933, Bonn 1995, S. 263 f., 285, 299 f., 343 ff.

10 Vgl. Mike Schmeitzner: Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 116 ff.

11 Zum Generationenkonzept vgl. jetzt Ulrike Jureit: Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, online unter: <docupedia.de/zg/Generation?oldid=75515>.

12 Vgl. Parteivorstand der ASP (Hg.): Was will die Alte Sozialdemokratische Partei? Programm nebst Erläuterungen und Partei-Statut, Dresden 1928.

die vom proletarischen Nationalismus und Widerstand schwärmen sollten. Die Bildung einer neuen politischen Generation funktionierte auch nachträglich nicht. Nein, der „Sachsenkonflikt“ war ein genuiner Richtungskonflikt vor dem Hintergrund spezifisch sächsischer Oppositions- und Regierungserfahrungen in dem „unberechenbaren Jahrzehnt“ (Karin Hartewig) zwischen 1914 und 1924.

Identitätskrise und asymmetrische Lagerbildung

Es war eine Generation, die darüber politisch auseinanderfiel. Hier brachen grundsätzliche Konfliktlinien auf, um die die Reichspartei einen mehr oder minder geschickten Bogen zu machen suchte. Deswegen war für den Parteivorstand dieser Konflikt stets nur ein „Sachsenkonflikt“ oder, in den Worten von Friedrich Stampfer, ein Ausdruck „partikularistischer Krähwinkelei“.¹³

Als entscheidende Konfliktlinien lassen sich stattdessen ausmachen: das schwelende Problem einer asymmetrischen Lagerbildung in einem Vielparteiensystem, die daraus resultierende Koalitionsfrage und die Ausgestaltung der innerparteilichen Demokratie. Angefeuert wurde der Streit durch den Einflussverlust der SPD in Sachsen, der ehemals stärksten politischen Kraft, durch den Niedergang ihrer Presse, durch Austrittswellen im Gefolge der Hyperinflation und durch die verheerende Niederlage, die sie bei den Kommunalwahlen 1924 erlitt. Die milieueigenen Apparate mit ihren hauptamtlichen Stellen in den Gewerkschafts- und Parteisekretariaten, in den Zeitungsredaktionen, in Konsumgenossenschaften und in den sozialrechtlichen Verwaltungsgremien bangten zum ersten Mal um ihren Bestand. Zeitungsredakteure, Verlagsangestellte und Druckereiarbeiter wurden 1923 auf Kurzarbeit gesetzt, weil die Absatz- und Abonnentenzahlen ebenso einbrachen wie die Mitgliedsbeiträge der Partei. Zudem standen nach der Reichsexekution die seit 1918 gewonnenen kommunalen und staatlichen Positionen und Ämter zur Disposition. Neuwahlen konnten weitere Mandate kosten. Politische Positionskämpfe gingen so mit harten innerparteilichen Verteilungskämpfen Hand in Hand.

Das vor dem Krieg gleichsam in Stein gehauene „rote Königreich“ mit seinen Partei-, Verlags- und Volkshäusern drohte aber nicht nur in den Strudel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise gerissen zu werden, vielmehr brach der durch den Krieg schon einmal in den eigenen Reihen entstandene Riss erneut auf. Und es kam eine alte Bedrohung hinzu: Denn das Polizeipräsidium Leipzig nahm seit Juli 1924 die Überwachung öffentlicher Versammlungen der SPD wieder auf, ohne dass die Regierungmitglieder der Fraktionsmehrheit dem mit aller Macht entgegentraten.

Um die Formierung eines antisozialdemokratischen Bürgerblocks zu vermeiden, drängten in dieser Situation die einen auf einen „Burgfrieden“ mit den liberalen Mittelparteien, der durch eine Große Koalition besiegelt werden sollte. Währenddessen befürchteten die anderen, schon wegen der gewachsenen kommunistischen Konkurrenz bei einem Ausbruch aus dem linken Wählerlager, den unaufhaltsamen politischen Abstieg, an dessen Ende eben-

13 Zit. nach Voßen, S. 263.

falls die Überwältigung durch die politischen Gegner stand. Die einen kämpften mit guten Argumenten gegen die Preisgabe von Regierungsämtern, um das Erreichte zu behaupten, die anderen kämpften gegen die politische Selbstpreisgabe an, auch wenn die Regierungsämter darüber verloren gingen. Im Kern ging es immer um die Frage, wie der „schleichenden Identitätskrise in der Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914“, von der Helga Grebing gesprochen hat,¹⁴ im Zuge einer asymmetrischen Lagerbildung begegnet werden sollte.

Lagerbildung und Koalitionsfrage

Die politische Lagerbildung im Vielparteiensystem der Weimarer Republik verlief deshalb asymmetrisch, weil die liberalen Mittelparteien nach 1923 die Zusammenarbeit mit der DNVP in einem Bürgerblock suchten, die dort leichter zustande kam, wo das Zentrum für eine Weimarer Koalition nicht zur Verfügung stand. Eben dies war etwa in Sachsen und Thüringen (wo der „Ordnungsbund“ von völkischen und NSDAP-Abgeordneten unterstützt wurde) der Fall. Während sich somit ein rechtes Wählerlager („Bürgerblock“) formierte, gelang dies wegen der intransigenten Haltung der KPD auf der linken Seite nicht. Die DDP und die DVP fürchteten hingegen eine weitere Abwanderung ihrer Wähler nach rechts, wenn sie mit der stärkeren SPD eine Koalition eingingen. Vor allem aber waren sie nicht willens, ein konstruktives Verhältnis zu ihr zu entwickeln.¹⁵ Auch wenn eine Mehrheitsbildung ohne die Sozialdemokraten in deren Stammland noch vielen unvorstellbar schien, rutschte die Partei allmählich in eine strukturelle Minderheitsposition ab. Weder konnte sie die „proletarische Mehrheit“ politisch ummünzen, noch bot ihr die Große Koalition einen sicheren Hafen.

In Anbetracht dieser ausweglosen Situation spielten beide Seiten auf Zeit. Die Fraktionsmehrheit bzw. ASP, indem sie die Koalitionsbildung über die Wirtschaftspartei bis hin zum Eintritt der DNVP in die Regierung ausdehnte, die Parteimehrheit, indem sie mit vorgezogenen Wahlen auf eine Stärkung der SPD setzte, die sowohl die KPD als auch die liberalen Mittelparteien derart beeindrucken sollte, um sich anschließend den gefügigsten Koalitionspartner aussuchen zu können. Tatsächlich verschlug die Parteispaltung dann den Erfolg sowohl für die eine wie für die andere Option. Und die liberalen Parteien unternahmen buchstäblich alles, um die für sie günstige Spaltung der SPD zu vertiefen.

Der Streit um die innerparteiliche Demokratie hing eng mit dem Problem der Lagerbildung und Koalitionsfrage zusammen, reichte aber auch darüber hinaus. Zunächst beanspruchte die Fraktionsmehrheit, über die Koalitionsbildung zu entscheiden. Ein Anspruch, der von der überwiegenden Mehrheit der sächsischen Partei – also auch dem gemäßigten Zentrum – dezidiert zurückgewiesen wurde. Heinrich August Winkler mag den Versuch,

14 Helga Grebing: Zur Aktualität von regionalen Forschungen zur Geschichte der demokratischen Bewegung in Ostdeutschland, in: dies./Mommsen/Rudolph, S. 346.

15 Dies bestätigt Hans Mommsen: Der 9. November 1918: Chancen und Scheitern der ersten deutschen Republik, in: ders.: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München 2010, S. 47.

über Neuwahlen die Partei wieder zu einen, für eine „Parodie auf den Parlamentarismus“¹⁶ halten, aber ein Blick auf die politischen Umgangsformen in der gefestigten zweiten deutschen Demokratie zeigt: Koalitionsaussagen und Koalitionsentscheidungen werden von den Parteitagern und nicht von Parlamentsfraktionen getroffen, Koalitionsverträge werden von den Partei- und nicht den Fraktionsführungen unterzeichnet.

Der Berliner Parteivorstand suchte zunächst zwischen den Fronten zu vermitteln, stellte sich dabei aber allzu offensichtlich auf die Seite der Fraktionsmehrheit, weil er glaubte, den Auszug aus der Großen Koalition im Reich durch die Bildung von Koalitionen in den Ländern so lange kompensieren zu können, bis die Mehrheit der Parteianhänger einen erneuten Anlauf auf Reichsebene zu akzeptieren bereit war. Die Berliner Taktik bestand insoweit in einer großen Zumutung. Drängte man doch die sächsischen Parteifreunde in eine Koalition, die man in Berlin aus Protest gegen die verfassungswidrig erfolgte Reichsexekution gegen Sachsen verlassen hatte.

Um den Koalitionskonflikt in Sachsen kanalisieren zu können, stellte der Parteivorstand mit Unterstützung des Parteitags fest, dass die Landesorganisationen über Koalitionsbildungen nur das vorletzte Wort haben sollten, das letzte behielten sich der Parteivorstand und der Parteiausschuss vor. Mit diesem Winkelzug, der einen Parteitagsbeschluss gegen den Eintritt in große Koalitionen umging, öffnete man zwar für Preußen den Weg in eine Große Koalition und meinte, den von Stampfer kritisierten sächsischen Sonderweg verbauen zu können, doch weder in Leipzig oder Dresden noch in Chemnitz oder Zwickau wollte man sich von Berlin derart kujonieren lassen. Genüsslich strichen die sächsischen Sozialdemokraten den Berlinern unter die Nase, dass man in Sachsen die Parteitagsdelegierten und Kandidaten für parlamentarische Ämter in Vollversammlungen der Unterbezirke wähle, während sich der Parteivorstand auf Parteitagern hinter zumindest einem Drittel von Delegierten mit Ex-officio-Mandaten verschanzen müsse.

Psychologisch war das Vorgehen des Parteivorstands mehr als ungeschickt: Während die Gremien des sächsischen Landesverbands einmütig und ohne Kontroverse die mit Berliner Geburtshilfe zustande gekommene SPD-DDP-Minderheitsregierung unter Alfred Fellisch noch akzeptiert hatten, wiesen sie nun die Einmischung des Parteivorstands, der im Fall von Neuwahlen zudem die Wiederaufstellung sämtlicher Landtagsabgeordneter sichergestellt sehen wollte, scharf zurück. Die „Leipziger Volkszeitung“ verstieg sich sogar zu der Aussage, man habe schon Moskau widerstanden, nun werde man auch Berlin widerstehen,¹⁷ wobei mit Moskau die mehrheitliche Ablehnung der von Lenin 1920 gestellten 21 Bedingungen zur Aufnahme der USPD in die Kommunistische Internationale gemeint war.

Erstaunlicherweise gab Alfred Fellisch das Ministerpräsidentenamt auf, weil er die vom Parteivorstand und der Fraktionsmehrheit auf Druck der DDP eingefädelt Erweiterung der Koalition um die DVP unter Umgehung der Parteigremien und des Parteitags ablehnte. Fellisch, zunächst als „Ziehsohn“ auf der politischen Linie von Gustav Noske und Ernst Heilmann, enttäuscht über die zurückhaltende Regierungspolitik Georg Gradnauers und

16 Winkler, S. 329.

17 Leipziger Volkszeitung vom 3.12.1923.

die stecken gebliebene politische Umwälzung, hatte den Einsatz der Reichswehr im Innern abgelehnt, vor der wachsenden kommunistischen Konkurrenz gewarnt und schließlich eine rasche Wiedervereinigung mit der USPD angestrebt.¹⁸ An seiner Person zeigt sich ein bemerkenswerter, für viele sächsische Sozialdemokraten paradigmatischer politischer Wandlungsprozess, der sich nicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Alterskohorte zurückführen lässt. Es lassen sich aber auch andere, prominente Beispiele finden, die der These vom „Sachsenkonflikt“ als Generationskonflikt widersprechen: Der erste sozialdemokratische Ministerpräsident, Georg Gradnauer, der den Regierungsflügel angeführt hatte, blieb ebenso in der SPD wie der Leipziger Bezirksvorsitzende Richard Lipinski, der sich nur mühsam gegen die linke Mehrheit in seinem Unterbezirk zu behaupten wusste, aber die Parteispaltung entschieden ablehnte. Der zweite sozialdemokratische Ministerpräsident, der dem „neuen Sachsen“ nach 1918 sein Gesicht verliehen hatte, wurde hingegen Vorsitzender der ASP und blieb bis 1933 Kreishauptmann von Dresden.¹⁹ Und Max Heldt, der schließlich die Große Koalition als Ministerpräsident führte, hatte immerhin dem ersten Kabinett Zeigner angehört, das von der KPD toleriert worden war.²⁰ Überhaupt belegen die in den letzten Jahren erschienenen politischen Biografien über sächsische Politiker, dass das ursprünglich für den „Sachsenkonflikt“ angesetzte Generationsmodell nicht greift.

Vom Richtungsstreit zur Spaltung

War schon die Weigerung von Alfred Fellisch, in die neue Regierung einzutreten, eine unmissverständliche Warnung an den Berliner Vorstand, die Dinge nicht so leicht zu nehmen wie sie von außen schienen, so kamen weitere Ungeschicklichkeiten hinzu. Davon war die Übertragung der Leitung der so genannten Sachsenkommission auf Ernst Heilmann, der als Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ 1914 in die Kriegsbegeisterung mit eingestimmt hatte und daraufhin jede Hoffnung auf eine politische Karriere in Sachsen fahren lassen musste, um sie dann in Preußen zu machen, nur eine. Eine andere lag in der Behauptung Hermann Müllers auf dem Berliner Parteitag, die Ära Zeigner sei kein Nutzen, sondern nur ein Schaden für die deutsche Republik gewesen.²¹ Zwar warf man selbst in der sächsischen Partei Zeigner längst vor, die eigenen Kräfte überschätzt zu haben, aber das gesamte linksrepublikanische Projekt dieser Regierungszeit zu verdammen, brachte die gemäßigte Strömung wieder an die Seite der Parteilinken, die den Traum von der „proletarischen Mehrheit“ nicht aufgeben wollte. Dass der für die Behandlung der Koalitionsfrage eigens einbe-

18 Vgl. Schmeitzner: Fellisch, S. 117 ff.

19 Vgl. Mike Schmeitzner: Georg Gradnauer. Der Begründer des Freistaats Sachsen (1918–20) und ders.: Wilhelm Buck. Der Moderator des „linksliberalen Projektes“ (1920–23), beide in: ders./Wagner, S. 52–88 bzw. 89–124; Manfred Hötzel/Karsten Rudolph: Richard Lipinski (1867–1936). Demokratischer Sozialist und Organisator der Macht, in: Mommsen/Grebing/Rudolph, S. 237–262.

20 Vgl. Thomas Fischer: Große Koalition und SPD-Spaltung (1924–29), in Schmeitzner/Wagner, S. 193.

21 Winkler, S. 196; zu Zeigner: Michael Rudloff (Hg.): Erich Zeigner – Bildungsbürger und Sozialdemokrat, Leipzig 1999 sowie Mike Schmeitzner: Erich Zeigner. Der Linkssozialist und die Einheitsfront (1923), in: ders./Wagner, S. 125–158.

rufene Landesparteitag, nun vor vollendete Tatsachen gestellt, sogleich den Rücktritt der Regierung und sofortige Neuwahlen verlangte, war in dieser Lage nicht mehr abzuwenden, und das innerparteiliche Unheil nahm mit Berliner Zutun seinen Lauf.

Der Umschwung zugunsten der Parteimehrheit begann damit, dass die Fraktionsmehrheit ihre Zusage nicht einhielt, vorgezogene Landtagswahlen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 zusammenzulegen. Die von der Landesregierung unter einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten im folgenden Jahr zurückgenommene Gemeindereform stellte den Vorrang des Gemeindevorstands vor dem Gemeinderat wieder her, schränkte die Direktwahl der Bürgermeister ein und erschwerte kommunale Bürgerentscheide erheblich. Damit ging verloren, für was die gesamte Partei jahrelang gekämpft und endlich durchgesetzt hatte. Die Revision verbitterte die gestandenen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker und setzte eine breite Ausschlussbewegung gegen die Mitglieder der Fraktionsmehrheit in Gang.

Der Parteivorstand riet daraufhin nur noch aus taktischen Gründen von Neuwahlen ab und wollte die Parteiordnungsverfahren in der zweiten Instanz bündeln, um sich vom „Sachsenkonflikt“ nicht den Heidelberger Parteitag verhageln zu lassen, doch nachdem dieser überstanden war, fühlte auch er sich von der Fraktionsmehrheit hintergangen. Daraufhin wurden in den Bezirken neue Ausschlussverfahren eingeleitet, gegen die nur zwei Landtagsabgeordnete Einspruch einlegten. Anschließend konstituierte sich die Fraktionsmehrheit als eigenständige Fraktion und gründete im Juni 1926 die „Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens“.

Der „Sachsenkonflikt“ besaß noch eine weitere Dimension, die ebenfalls nichts mit einem Generationenkonflikt zu tun hatte. Sie betraf das angeschlagene Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Vor allem die Leipziger SPD bestand auf der Prärogative der Partei. Der ADGB nutzte jedoch deren Schwäche aus, indem er ultimativ sichere Wahlkreise für seine Kandidaten bei den Kommunalwahlen verlangte und an die Seite der Fraktionsmehrheit sprang, um seinen Einfluss auf die Regierung zu wahren. Der ADGB-Vorsitzende Leipart stellte sich dann sogar noch vor die ASP.

Die ganz überwiegende Mehrheit der Partei empfand das Vorgehen des ADGB als anmaßend und opportunistisch und stemmte sich gegen die „Vergewerkschaftung“ der Partei. Ihr gemäßigter Flügel mochte noch dem Gewerkschaftstheoretiker Theodor Cassau zustimmen, der den idealtypischen Funktionär der Arbeiterbewegung 1925 so beschrieb: Er müsse „aus der Arbeiterschaft hervorgehen, ihr verbunden bleiben und doch etwas Andersgeartetes werden“.²² Doch die Auswahl der Abgeordneten wurde als Sache der Partei und nicht der Gewerkschaft betrachtet. Zwar drohte der Textilarbeiterverband mit der Bildung einer eigenen „Gewerkschaftspartei“ und spielte die ASP gegen die SPD aus, doch schlug dies rasch in die Reihen zurück. Letztlich sorgte der Metallarbeiterverband, der nicht wenige kommunistische Mitglieder in den eigenen Reihen hatte, dafür, dass der ADGB nicht noch mehr Salz in die offene

22 Zit. nach Günther Högl: Zur Sozialbiographie von „Funktionären“ der frühen Dortmunder Arbeiterbewegung im Kaiserreich (1871–1918), in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 80 (1989), S. 33–64, hier S. 64.

Wunde der Partei streute, und schob der Parteirechten die Schuld an der Schwächung und Spaltung der SPD zu. Die ASP selbst konnte nur so lange mit der Unterstützung des ADGB (und des Reichsbanners) rechnen, wie sie allein in sächsischen Angelegenheiten agierte. Als sie 1928 bei den Reichstagswahlen antrat, war auch hier das Tischtuch zerschnitten.

Die ASP war eine politische Totgeburt. Anders als eine Linksabspaltung musste diese beispiellose Rechtsabspaltung die politischen Lagergrenzen überspringen. Ein solcher Lagerwechsel widersprach allen Denkweisen, Orientierungen, Wertvorstellungen und Verhaltensmustern, die die SPD ihren Mitgliedern und Anhängern als weltanschauliche Sozialisationsinstanz im „Roten Königreich“ vermittelt hatte.²³ Die „Alten Sozialdemokraten“ wussten dies, auch wenn sie es nicht wahrhaben wollten. Ihr Auszug aus der Partei ließ sich deshalb nur damit begründen, immer nur die „eigentliche“ SPD geblieben zu sein und niemals und unter keinen Umständen eine „andere“ SPD werden zu wollen. Um die Frage, wer oder was die SPD nach der Dekade zwischen 1914 und 1924 war, drehte sich jedoch der eigentliche Streit, wobei (um mit Koselleck zu sprechen) der Erwartungshorizont, vor dem die sächsische Sozialdemokratie operierte, eine mindestens genauso große Rolle spielte wie ihr gemeinsamer, aber höchst umstrittener Erfahrungsraum. Anders formuliert: Die Gründe für die Spaltung der sächsischen SPD lassen sich eben nicht nur in ihrer Vergangenheit suchen; sie finden sich nicht zuletzt in den unterschiedlichen zeitgenössischen Einschätzungen über ihre politische Zukunft.

Nachzutragen bleibt: Die übriggebliebenen der von Wahl zu Wahl dezimierten ASP traten 1932 wieder in die SPD ein, so auch Wilhelm Buck und Alfred Fellisch – was mit der drohenden Gefahr durch den Aufstieg des Nationalsozialismus begründet wurde. Der eingangs zitierte Walter Fabian wurde 1931 mit vielen anderen jungen Sozialisten aus der sächsischen SPD ausgeschlossen und ging wie Willy Brandt und viele andere junge Sozialisten in die SAP. Hierbei scheint es sich schon eher *auch* um einen Generationskonflikt gehandelt zu haben.

23 Vgl. hierzu allgemein Elmar Wiesendahl: Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation, in: Bernhard Claußen/Rainer Geißler (Hg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 401–424, hier S. 401; zum sozialdemokratischen Milieu in Sachsen siehe die profunde Studie von Thomas Adam: Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871–1933, Köln/Weimar/Wien 1999.